

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

28 (3.2.1931)



# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelbten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelbdruck 20 Pfennig, bei Werberholung Rabatt nach Tarif, bei Nichterhaltung des Anzeigenplatzes, bei geschäftlicher Betriebsänderung und bei Ausfall ausser Kraft tritt o. Erlösungs- und Geschäftsabstimmung in Karlsruhe L. D. o. Schlus der Anzeigen-Nachnahme 4 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Oberhalb 2.20 Mark o. Durch die Post 2.50 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich 11 Uhr o. Postfachstelle 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Telefrank-Telefon: Karlsruhe, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jaghausstraße 12; Kaffeehaus, Kaffeehaus 2; Offenburg, Hauptstraße 4

Nummer 28

Karlsruhe, Dienstag, den 3. Februar 1931

51. Jahrgang

## „Ins dritte Reich“

Warum wurde Antinazifilm verboten / Dieser Film muß gegen die Dunkelmänner freigeprüft werden

Berlin, 2. Febr. (Eig. Draht.) Im Vortragssaal des sozialdemokratischen Parteivorstandes zeigte am Montag der Film und Lichtbilderdienst der Sozialdemokratie den Pressevertretern in einer geschlossenen Vorstellung den von der Filmoberprüfstelle auch für geschlossene Vorstellungen verbotenen Film-Propagandafilm „Das Dritte Reich“. Die ganze Ungeheuerlichkeit des skandalösen Filmbroschüres zeigte dann die am Montag vormittag bekannt gegebene 10 Schreibmaschinenseiten starke, von lächerlichen Verlegenheitsformulierungen geradezu strotzende schriftliche Begründung der Filmoberprüfstelle auf, die der Vertreter der Herstellerfirma, der preußische Landtagsabgeordnete Kuttner entsprechend kommentierte und deren teilweise Verlesung bei den anwesenden Pressevertretern der verschiedensten Blätter zum Teil fürmische Seiten, zum Teil spontane Empörung hervorrief.

Der Film zeigt in recht eindringlicher Form die Verlogenheit der nationalsozialistischen Agitatoren, die Hand in Hand mit den reaktionärsten Schurkenträgern der Industrie geben Arbeiter in den Gefängnis einer schändlichen Diktatur zu übergeben, und ihnen alle gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Erzeugnisse der Republik rauben wollen. Der Unternehmern wird in einer schmerzlichen, aber keineswegs böswilligen Karrikatur als Sünder seiner höchsten Pflichten vorzuführen, der Nazi aber zu milde, als zu scharf gezeichnet. Er probiert sich im Seitenbläser spielen, „Das Dritte Reich“. Er zeigt nicht an ethischen Einzelheiten. Die Geschehnisse werden ebenso in treffender Satire skizziert, wie die Nazi-Schäufelkammer aus der Weisiger Straße. Der Film endet in einem Bekenntnis zur Republik, die nur errettet werden kann, wenn der Faschismus überwunden ist. Man fasst sich an den Kopf, wenn man erfährt, daß dieser Propagandafilm, der mit sauberen Mitteln entstanden, aber nicht weniger die schändlichsten Verbrechen enthält, und ein Bekenntnis zum Sozialismus ablegt, im Namen der Republik verboten worden ist. Hier ist die politische Absicht so brutal, und so unverschämte getreten, daß man das Verbot der famosen Filmoberprüfstelle als eine glatte Symptomdemonstration für die Nazi-Partei bezeichnen muß.

**Seltene „Unterlagen“**  
Das Verbot des Film, das sich auf alle geschlossenen Mittelschichten der Sozialdemokratie erstreckt, erfolgte wegen der Verlesung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Trotzdem der Vertreter der Hersteller immer wieder darauf hinwies, daß die Durchführung des Filmes nur für interne Veranstaltungen der Sozialdemokratie in Frage

komme, ignorieren mündliche und schriftliche Begründungen diese Tatsache. Sie sprechen immer wieder von der Gefahr, die die öffentliche Aufführung des Films für die „Ruhe und Ordnung“ bedeuten würde. Auf der anderen Seite aber bemerkt man sich selbst, indem man sagt, daß eine große Partei, wie die Sozialdemokratie, mit einer millionenfachen Mitgliedschaft auf interne Veranstaltungen keinen Anspruch erheben könne, da ihre Zusammenkünfte öffentlichen Versammlungen gleichkämen.

Zitieren wir eine Stelle, die in völlig eindeutiger Weise die getarnte Naziidee des Regierungsrats Beder und seiner Mannen aufzeigt. Es heißt da: „... Weiter werden in dem Bildstreifen die Nationalsozialisten in beleidigender Form herabgesetzt. Es wird hier in unerwünschter Weise an die Szenen in der Weisiger Straße in Berlin angepielt. Vor allem aber wird gegen die nationalsozialistische Partei verstoßen, die nicht erwiesene Vorwürfe erheben, sie sei die Anführerin bei den Szenen in der Weisiger Straße gewesen. Auch die hierin liegende öffentliche Beleidigung einer großen Partei kann nicht zugelassen werden.“

Bei Verlesung dieser grotesken Sätze stellt Kuttner fest, daß sowohl das preußische Innen- wie das Justizministerium und das Berliner Polizeipräsidium ihm bestätigt haben, daß es sich bei den bisher geführten und auch den noch bevorstehenden Prozessen gegen die Schaufelkammermänner aus der Weisiger Straße durchweg um einschriebene Mitglieder der NSDAP handelt. In ihrem heftigen Bestreben, sich bei Hitler & Co. anzuschließen und den Wülfen des Faschismus zu folgen, sprechen die Dunkelmänner der Filmoberprüfstelle nicht davon zurück, sondern in weiß-unschwarzen und Tauschen zu leugnen, die nichtsnutziger sind. Als eine besondere Kuriosität dieser gegebenen Begründung, die einmal eine Herde der Schwedensammerkommission der politischen Betätigung sein wird, sei auch jener Absatz vermerkt, in dem es heißt munter und eindeutig heißt: „Der Einwand, es sei nicht Sache der Oberprüfstelle, rassistischen Elementen das Handwerk zu legen, ist wahrlich nicht stichhaltig. Weiter sei noch festzustellen, daß die einschlägige Begründung des einseitigen Verbots auch gegen „Verabsäumung eines Standes“ erfolgte, des Unternehmerrandes, von dem man nach Ansicht dieser Prüfstelle nicht sagen darf, was alles Szenen von den Dächern schwitzern, die Tatsache nämlich, daß sich die Nazis riesige Geldsummen aufzulegen lassen.“

Der Antinazifilm muß freigeprüft werden, wenn nicht das Reich vor den Nazis kapitulieren soll und die Autorität der Republik zum Gespött ihrer Gegner werden soll.

## Parlament oder Notverordnung

Am heutigen Dienstag nimmt der Reichstag seine Arbeiten wieder auf. Möglicherweise sollen zunächst einige Anträge aus dem Hause zur Beratung kommen, die einen ruhigeren und sichereren Verlauf der parlamentarischen Debatten bezwecken. Es handelt sich dabei weniger um Verschärfung der Geschäftsordnungsbestimmungen, da die bestehenden, entsprechend angewandt, ausreichen, als vielmehr um den Versuch, dem Anflug der unehrlichen Vertrauensanträge ein Ende zu machen und einige andere Reformen vorzunehmen, die einen glatteren Verlauf der Arbeiten ermöglichen.

Es muß ferner damit gerechnet werden, daß die Rechtsparteien und die Kommunisten, ebenso wie in den letzten Tagungsabschnitten, den Antrag stellen werden, die auswärtige Politik im Plenum zu behandeln. Nachdem die Genfer Ratsagung abgeschlossen ist, besteht wohl kein Grund mehr, die Debatte hinauszuschieben, obwohl der Haushalt des Auswärtigen Amtes erst in der zweiten Hälfte des Februar an den Ausschuss kommt und seine Erörterung in der Vollversammlung nicht vor März erwartet werden kann. Mit der Debatte über die auswärtige Politik werden dann auch die gegen den Minister Curtius vorliegenden Mißtrauensanträge verbunden werden, aber ihre Ablehnung kann jetzt, wo sich der Minister auf seine Ehre in der Sache der deutschen Winderheiten berufen kann, als sicher gelten.

Die wichtigste Aufgabe der Volksvertretung besteht indessen in der Erledigung des Etats, die ordnungsgemäß bis zum 31. März erfolgt sein muß, und die große Frage ist, ob der Reichstag seiner Pflicht in dieser Beziehung genügen wird oder ob Reichspräsident und Regierung sich wiederum genötigt sehen oder genötigt glauben, auf den Artikel 48 der Reichsverfassung zurückzugreifen.

Das Kabinett hat den dringenden Wunsch, daß der Reichshaushalt auf parlamentarischem Wege verabschiedet wird. Dabei sind nicht allein die Rücksichten auf die Aufrechterhaltung der Verfassung maßgebend, sondern auch Erwägungen finanz- und wirtschaftspolitischer Natur. Stellt sich die technische Unmöglichkeit der Durchführung einer Debatte heraus, oder findet sich keine Mehrheit für die Annahme des Etats, so wird das allgemeine Ansehen Deutschlands wiederum aufs schwerste diskreditiert, und die Folgen werden sich bei seiner Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit bemerkbar machen. Das Vertrauen in die Stabilität der politischen Verhältnisse wird aufs neue schwer erschüttert, die Zurückziehung fremder Gelder wird ihren Fortgang nehmen, die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland wird einen neuen Auftrieb erhalten, und Anleihen werden entweder gar nicht oder unter erschwerenden Bedingungen einzubekommen sein. Was das für die deutsche Wirtschaft und ihre Wiedereinführung bedeutet, liegt auf der Hand. An eine Verringerung der Arbeitslosigkeit ist dann nicht zu denken, das Elend wird nicht vermindert, sondern erhöht.

Im Haushaltsauschuss haben nun die Etatverhandlungen bisher einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf genommen. Aber damit sind keinerlei Garantien für das Plenum geboten. Die Nationalsozialisten drohen schon jetzt mit Obstruktion, und ganz davon abgesehen, liegt es in der Richtung ihrer Politik, das Chaos zu vergrößern. Sie spannen ihre Hoffnungen am liebsten auf die Verunsicherung des Landes in Not und in Elend versetzt. Ein Verantwortungsbewußtsein können wir von ihnen nicht verlangen, da ihnen jedes Mittel recht ist, mit dem sie das gegenwärtige System glauben zertrümmern zu können.

Es bestehen jedoch noch andere Gefahren, und die liegen in der Schwierigkeit, überhaupt eine Mehrheit für die Annahme des Etats auf die Beine zu stellen. Zunächst ist da die Deutsche Volkspartei, die wieder einmal, wie so oft schon, eine kritische Situation heraufzubeschwören droht. Sie verlangt, daß an den Ausgaben des vorliegenden Etats mindestens 300 Millionen gestrichen werden. Wie dieser Betrag zu Lande kommen soll, hat sie bisher nicht verraten. Vielleicht weiß sie es selber noch nicht. Tatsache ist, daß die Personalausgaben kaum noch in irgend einer nennenswerten Weise gekürzt werden können. Von den rund 850 Millionen Sachausgaben entfallen 430 Millionen auf die Reichswehr. Da die Reichswehr von der Volkspartei für unantastbar erklärt wird, sollen also von den verbleibenden 400 Millionen 300 gestrichen werden. Daß das ein Ding der Unmöglichkeit ist, braucht nicht umständlich bewiesen zu werden. Daß aber die Wünsche der Partei des industriellen Unternehmertums auf eine Verkürzung der Sozialausgaben gerichtet sind, steht ebenso außer Zweifel. Daneben aber spielen auch noch andere Beweggründe mit. Es gibt in der Volkspartei einen Flügel, und sein Exponent ist der Abgeordnete Schmid, genannt „Schwein-Schmid“, der sich der Mitverantwortung für das Kabinett Brüning entziehen und den Schwerpunkt der Regierung nach rechts hin verlegen möchte. Eine Zeitlang sollte diese Absicht durch die Zurückziehung des Ministers Curtius erreicht werden. Da dieser Weg nach dem Ausgang der Genfer Verhandlungen nicht mehr recht gangbar ist, kommt man mit unerfüllbaren Abstrichforderungen und wenn dann schließlich die Regierung Brüning, schon weil

## WTB und Hakenkreuz

Wohin steuert das offiziöse Büro?

Wenn auch WTB, allgemein als das offizielle Informationsbüro gilt, so gibt sein Nachrichtenendienst doch manchmal zu Bedenken Anlaß. Immer mehr gewöhnt sich das WTB-Büro daran, Kundgebungen, Reden usw. der Reichsparteien und auch der rechtsradikalen Republikfeinde viel ausführlicher und in viel härter hervortretender Art wiederzugeben, als solche der republikanischen Parteien. Gar zu häufig wäre es nötig, hier mit Beanstandungen hervorzutreten. Wie so dies kommt, darüber gibt folgender Vorgang Aufschluß.

Unter der Überschrift „Politische Zusammenkünfte in Raagold, 21. Februar“, gab das WTB-Büro folgende Meldung heraus:

WTB, Stuttgart, 1. Febr. Wie aus Raagold gemeldet wird, kam es dort anlässlich einer kommunistischen Versammlung, bei der Schlaffer gesprochen hatte, zu einer Schlägerei mit Nationalsozialisten. Die Kommunisten hatten den Nationalsozialisten Schläge zueinander aufgeführt, ihm aber keinen verletzenden Schlag zueinflohen. Nach Schluß der Versammlung, als die Mitglieder der Nationalsozialisten den Saal verlassen hatten, kam es zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf einige Schläge auf den Kopf der Nationalsozialisten gefallen sind. 21 Nationalsozialisten wurden verletzt, darunter acht schwer, einer von ihnen schwer verletzt. Die sofort herbeigeholte Polizei befreite die Nationalsozialisten von den Verletzungen und nahm sechs Kommunisten fest. Eine Behörde von amtlicher Stelle war über den Zusammenstoß bis jetzt nicht in Erfahrung gebracht.

Da die amtliche Bestätigung etwas ausblieb, gab dann ein späterer WTB-Nachläufer in dieser Meldung unter dem Titel „Zu den politischen Zusammenkünften in Raagold“ bekannt:

WTB, Stuttgart, 2. Febr. Zu dem uns von nationalsozialistischer Seite zugegangenen Bericht aus Raagold über eine blutige Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten anlässlich einer kommunistischen Versammlung erfahren wir auf Anfrage bei der Polizeidirektion in Tübingen, daß dort von den Vorgängen in Raagold nichts bekannt ist.

Im Gegensatz zur letzten Meldung hat dann das Landesstriminalamt die Meldung doch in ähnlichem Sinne wie in der ersten WTB-Meldung bestätigt. Trotzdem ist der Vorgang außerordentlich bezeichnend. Die beachtenswerteste Tatsache an dem Vorgang ist nämlich die verschämte Bemerkung, „Zu dem uns von nationalsozialistischer Seite zugegangenen Bericht aus Raagold“. Danach findet sich also das offiziöse WTB-Telegraphen-Büro für gut genug, sich zum Schlepptier der nationalsozialistischen Nachrichtenübermittlung zu machen, so daß also hinter dem offiziellen Nachrichtenendienst nationalsozialistische Gewährsmänner stehen — ein Zustand, der das Maß des Erträglichsten an der deutschen Nachrichtenübermittlung überschreitet. Es ist daher eine ernste politische Angelegenheit, wenn wir zur dringenden Klärung die Frage aufwerfen: Wohin steuert das WTB, sofern man den heutigen Zustand beibehalten will.

## 200000 Menschen vom Hunger bedroht

Wie sich die kapitalistische Wirtschaftsordnung im reichen Amerika auswirkt

Im Staate Arkansas im reichen Amerika sind durch den Preisrückgang der Baumwolle nicht weniger als 200 000 Menschen unmittelbar vom Hunger bedroht. Vom Staat werden Hilfsmassnahmen verlangt.

## Nazipresse sucht Sensation

Die Nationalsozialisten brauchen Sensation. Die Abgeordneten Kube und Saate haben daher im preußischen Landtag eine kleine Anfrage eingereicht, wonach Brüning in Verbindung mit Freuchen, Bannern und Schären einen „Staatsstreich“ plante.

Selbstverständlich handelt es sich bei dieser nationalsozialistischen „Staatsstreich“-Anfrage um eine Sensationspielerei und ebenso selbstverständlich, daß der nationalsozialistische Führer in Karlsruhe sich diese Sensation nicht entgehen läßt, womit allerdings nicht gesagt ist, daß erste Reize auf diese „Staatsstreich“-Anfrage hinfallen.

London, 2. Febr. Die Unterhausdebatte über die Wahlreform wurde heute mit einer Rede des Staatssekretärs des Innern, Clines, eröffnet. Eine Gefahr für die Regierung besteht nicht, da die Mehrheit der Liberalen Re unterstützt.











# Sozialdemokratie und Gemeinde

## Landestagung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter

Anpassung der Arbeits- und Kampfmethoden an die neuen Verhältnisse — Dem Hitler-Terror muß mit demselben Mittel begegnet werden. — Die Sozialdemokratie für praktische Mitarbeit und für Wahrung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden.

Am Sonntag fand, wie schon gestern bereits berichtet, in Orlitzburg eine Landestagung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter statt. Der Besuch war so stark, daß der „Drei Könige“-Saal vollbesetzt war.

Nach 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende des Kommunalpolitischen Landesamtes, Gen. Stadtrat Zimmermann, die Tagung. Er begrüßte die Teilnehmer, besonders auch die auswärtigen Gäste, Gen. Minister Dr. Kemmle, Gen. Reichstagsabgeordneter Dr. Herz, Berlin, sowie die sozialdemokratischen Landes- und Reichstagsabgeordneten.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und erhielt als erster Redner

Gen. Landesvorsitzender Reinhold-Mannheim

### Die Sozialdemokratie und das Ergebnis der Gemeindevwahl

Der Redner gab zunächst einen allgemeinen Überblick über den Verlauf des Wahlkampfes und beschränkte denselben als einen der wichtigsten der letzten Jahre in die Kommunalvertretung gefaßt werden möchte. Er wies dem Reichstagswahlkampf in nichts nachgebend. Die in der sozialdemokratischen Presse erzielten Darstellungen, daß die Sozialdemokratie eine Niederlage erlitten habe, entspreche nicht den Tatsachen. Das Ergebnis in einzelnen Städten, das die sozialdemokratische Presse als Niederlage bezeichnet habe, könne unmöglich als Maßstab angelegt werden. Gemäß sind in einzelnen Städten Verluste zu beklagen, denen stehen aber gegenüber ganz bedeutende Erfolge insbesondere auch in Landgemeinden. Der Verlust einzelner Mandate beispielsweise in den Städten wird aufgehoben durch die ganz bedeutende Stimmenzunahme gegenüber den Gemeindevahlen im Jahre 1926. So habe beispielsweise die Sozialdemokratie in den 11 Städten der Städteordnung gegenüber 1926 über 16 000 Stimmen gewonnen. Es wäre auch falsch, das Gemeindevwahlergebnis an der Stimmdarstellung zur Reichstagswahl zu messen. Wenn man aber diesen Vergleich schon ziehen, dann gelte er auch für alle übrigen Parteien und be erzeuge sich die interessanten Tatsache, daß die Nationalsozialisten nirgends die Stimmen der Reichstagswahl zu erreichen vermochten und sogar in einzelnen Orten bedeutende Verluste zu verzeichnen hatten. Trotz des Anstieges aller Parteien seien die Sozialdemokraten einzigartig erfolgreich.

586 Stadt- und Gemeinderäte und 3512 Stadt- und Gemeindevorstände.

Redner kam sodann auf die politische Auswirkung der Gemeindevwahl auf den Reichstag zu sprechen. Er zog dabei eine Parallele zwischen den Vorgängen im Reich und in der Gemeinde. Im Reich wäre es nicht möglich, eine Regierung verfassungsgemäß zu bilden. Auf der Reichsebene brauche zwar keine Regierung gebildet zu werden, doch wäre schließlich der Reichstag zur Bildung einer Regierung gezwungen. So wie jetzt nach den Neuwahlen die Gemeindevvertretung zusammengeleitet ist, wäre die Bestimmung einer verantwortungsvollen Politik fast nicht mehr möglich. Kreis und Kreis machen nur in Agitationspolitik, demgegenüber erhebe sich demgegenüber die Notwendigkeit, die demagogischen Politik der Nazis und Kois zu entlarven, um die Gesamtwerklichkeit der Aufklärung zu erreichen. Dabei bestehe allerdings die Gefahr, daß das Selbstverwaltungsrecht zu kurz kommt und die Oberbürgermeister und Bürgermeister eine Macht in die Hände bekommen, die ihnen nicht ausüblich ist. Dazu käme dann noch die Anwesenheit der Staatsbehörden. Unter Grundprinzip muß aber bleiben, die

Selbstverwaltung der Gemeinden zu wahren, unter Beibehaltung einer verantwortungsvollen Politik. Wir können keine Politik treiben mit Redensarten wie beispielsweise: Nun seien die Nazis einmal so, was sie können. Das wäre Parteipolitik.

Genosse Reinhold vorbereitete sich sodann über die neuen Arbeits- und Kampfmethoden, wie sie durch den Einzug der Nazis in die Kommunalvertretungen entstanden sind. Durch die Nazis ist eine neue kapitalistische Front entstanden, die mit anderen Methoden den politischen Kampf führt, wie die bisherigen alten kapitalistischen Parteien. Unsere Kampffront mußte der neuen Kampffront auch mit neuen Methoden gegenübergestellt werden. Da sie allerdings feststellen, daß noch ein großer Teil unserer Parteigenossen gegenüber den Nationalsozialisten eine geradezu kindliche Toleranz übten. Der Terror der Nazis ist ein gewaltiges Mittel, um die Gewalt der Nazis zu überwinden. Dem Terror mußte deshalb Terror, dem Gewalt Gewalt gegenübergestellt werden. Das sind zentralistische Methoden, denen wir uns vorläufig einfach nicht entziehen können. Was wir zur Zeit erleben, ist nichts anderes als eine Revolution ungewohnter Spielerei. Die Einzelkämpfer gingen gegen die Sozialdemokratie vor aus daß über die Konsumvereine; die übrigen Bürgerlichen mochten die Sozialdemokratie für alles verantwortlich, weil sie nicht erkennen wollten, daß die Vernichtung der Mittelklasse durch die kapitalistische Entwicklung aus Unteranga unvermeidlich ist. Die Sozialdemokratie erfüllt. Es ist so ein Verweigerungskampf festzuhalten, den das durch die kapitalistische Entwicklung dem Unteranga gesamte Bürgertum führt. Diese Vorgänge mit in Betracht ziehen, könne die Sozialdemokratie mit dem Wahlergebnis zufrieden sein. In diesem Kampf, den wir zu führen haben, werde die Kraft geboren zur weiteren Stärkung der sozialistischen Bewegung. Die weitere Tatsache, daß wir gegenüber den Gemeindevahlen 1926 fast in allen Orten bedeutenden Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben, gebe auch die Zuversicht, daß die sozialistische Bewegung vorwärts schreite.

Nach diesem instruktiven Referat des Genossen Reinhold, das mit größtem Beifall aufgenommen wurde, erhielt

Genosse Reichstagsabg. Dr. Herz, Berlin

### Reich, Länder und Gemeinden

Er führte u. a. aus: Das Schicksal der Gemeinden wird in erster Linie bestimmt durch Schicksal des Ganzen, aber der eigenen Verantwortlichkeit der Gemeinden bleibt ein außerordentlich großer Spielraum. Unsere Schwierigkeiten sind in erster Linie zurückzuführen auf die ökonomische Lage Deutschlands. Wir müssen gegenwärtig in weit stärkerer Weise beeinflusst werden als früher, als das zu irgend einer früheren Zeit der Fall gewesen ist.

Der Anteil des öffentlichen Bedarfs am Volkseinkommen ist größer geworden. Die Ausgaben des Reiches, der Länder und der Gemeinden ist fast ein Drittel des gesamten Volkseinkommens.

In öffentlichen Ausgaben im weiteren Sinne, die Betriebe der öffentlichen Hand, Sozialversicherungsträger mit eingeschlossen, stel-

ten mehr als 50 Prozent des Volkseinkommens dar. Die Ausgaben der öffentlichen Hand der Gegenwart sind von ganz anderer Art, als die Ausgaben der öffentlichen Hand der Weimarerzeit. Diese enge Verpflichtung und der stärkere Anteil der öffentlichen Ausgaben mit der Wirtschaftskrise hat eine doppelte Wirkung. Die Wirtschaftskrise vermindert die Einnahmen und vermehrt gleichzeitig die Ausgaben. Dieser Einfluß setzt sich mittel- und unmittelbar bei Lohn-, Umsatz- und Verbrauchssteuern sowie die Wirkung im selben Augenblick. Bei Einkommen-, Real- und Vermögenssteuern ist die Wirkung unmittelbar. Gerade deswegen müssen wir damit rechnen, daß sich der volle Umfang der Wirtschaftskrise auf die Steuerentnahmen sich noch nicht ganz gezeigt hat, daß wir aber mit ihrer härtesten Auswirkung im Jahre 1931 zu rechnen haben.

Die Lage der Gemeinden wird durch das Anwachsen der Ausgaben aber immer bedrohlicher.

Unter den Erwerbslosen vollzieht sich ein Umwälzungsprozess, infolgedessen die Arbeitslosenversicherung sich mit dem erhöhten Beitrag selbst tragen wird. Es ist nicht anzunehmen, daß die Zahl der neuen Erwerbslosen sich so steigern wird, daß die Zahl der von der Arbeitslosenversicherung Betroffenen übersteigert wird. Man wird vielmehr mit einem wachsenden Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung rechnen müssen. 1930 fanden in Berlin und Wirtschaftskrise 630 000 Personen, gegenwärtig sind es bereits 1 540 000, bis Anfang April werden es voraussichtlich 1 750 000 sein. Die Gesamtzahl der Unterfrühen wird also Anfang des nächsten Rechnungsjahres um eine Million höher sein, als Anfang des Rechnungsjahres 1930. Den Mehrbedarf wird man auf 300 000 000 M. berechnen müssen, auch wenn das Jahr 1931 keine weitere Verschärfung der Wirtschaftslage bringen sollte. Dieser

Mehrbedarf geht allein zu Lasten der Gemeinden, weil die Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung auf 420 Millionen Mark begrenzt sind.

Nach ihm werden sich die Gesamtschulden im Bereich der öffentlichen Hand im Jahre 1930 um 800 Millionen auf mindestens 1 100 Millionen erhöhen. Die Lage wird dann noch verschärft durch die Reichsfinanzkrisen, die infolge der etwa zwei Milliarden kurzfristiger Schulden entstanden sind. In diesem Zusammenhang nennt der Redner das abstoßende Beispiel Berlins, das mit 620 Millionen kurzfristiger Schulden an den Rand des Abgrundes gebracht wurde und nun durch sehr bedenkliche Verluste, sich aus der Wäre bringen muß. Diese kurzfristige Verschuldung, so fährt der Redner fort, kann nicht allein auf Wirtschaft und mangelnde Voraussetzungen zurückgeführt werden. Eine große Rolle spielte dabei die Politik, die das Reich betrieb hat, die auch die Reichsbank unter Führung des Herrn Schacht mit der Steuerung des ausländischen Kapitalmarktes für die Gemeinden eingeleitet hat. Dieser Sturm auf die Reichsbank, der mit einem Fehlbetrag gegen die öffentliche Hand verbunden ist, hat zur völligen Vernichtung des ausländischen Kapitalmarktes geführt.

Zur Überwindung der Finanznot ist Selbsthilfe der Verwaltung zwingend und unabweisliche Voraussetzung. Notwendig ist die unbedingte Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung.

Jede Politik, die die Selbstverwaltung in den Gemeinden erhält, ist geeignet das Vertrauen der Wähler für die Sozialdemokratie zu stärken und uns über die Schwierigkeiten der jetzigen Lage hinwegzubringen. Für die Gestaltung der Zukunft ist entscheidend, ob es uns gelingt, den Schwierigkeiten der Gegenwart Herr zu werden. Die Masse der Wähler wird sich bei den nächsten Wahlen nur an der einen Gesamtfrage orientieren, ob es leichter oder besser geworden ist. Selbsthilfe der Gemeinden ist auch notwendig, weil den Gemeinden vom Reich und von den Ländern her nicht geboten werden kann, wenn sie zuvor nicht Selbsthilfe im äußersten Umfang betrieben haben. Daran hat es in den letzten zehn Jahren sehr oft gefehlt. Auf die Dauer wird eine verantwortungsvolle Politik nur bestehen können, wenn sie einen Überschuß hat, was sie mit den Einnahmen für Ausgaben bestreiten kann. In der letzten Zeit konnte man erleben, daß viele Gemeinden das hohe Gut der Selbstverwaltung ohne Klage preisgegeben haben. Gemäß war das oft am Anfang, weil keine Partei bereit war, zu unpopulären Maßnahmen. Wenn diese Einzelfälle Allgemeiner werden, stehen wir am Ende einer Jahrzehnte alten Entwicklung, die das hohe Gut darstellten ohne das eine Sozialpolitik in den Gemeinden nicht möglich ist. Es gibt keine Sozialpolitik mehr, wenn die Aufsichtsbehörden einschreiten.

Die Ausdehnung aller Steuerarten, auch der durch die letzten Notverordnungen gezeichneten, ist zur Überwindung der Finanznot der Gemeinden unerlässlich.

Genoss hat diese Notverordnungen die Politik, die Steuerlasten zu verlagern. Sie bringt eine gewisse Begrenzung und Senkung der Realsteuern, andererseits die Verdoppelung der Biersteuer und unbegrenzte Zuschläge zur Bürgersteuer. Wir sind auch heute noch Gegner der Bürgersteuer, weil sie eine ungeheure große Gefahr in sich birgt. Sie kann unter Umständen den Grundgedanken der Einkommensteuer, die Proportionalität, die steigende Belastung nach Leistungsfähigkeit also, zu vernichten bedrohen. Das ist aber eine Frage, die nicht in der unmittelbaren Gegenwart entschieden wird und deren Entscheidung davon abhängt, ob wir stärker sind oder nicht. Wenn wir wieder an politischen Einfluss zunehmen, werden wir in der Lage sein, diese Entwicklung zu verhindern. Werden wir nicht stärker, dann hängt es mit unserer Schwäche zusammen, wenn die Bürgerlichen in der Lage sind, an diesem Grundprinzip zu rütteln. Die Umwälzung hat die Bürgersteuer etwas genießbarer gemacht, als sie es vorher war. Ihre Höhe wurden von uns in ein besseres soziales Verhältnis gebracht. Die Beschäftigungslosen und Sozialrentner wurden der allgemeinen politischen Rückwirkungen im Reich. Daraus müssen nun auch die Gemeinden ihre Konsequenzen ziehen und die Zustimmung zu dieser Steuer verantworten. Die Alternative, von der wir früher die Steuererhebung betrachtet haben und die in der Gegenüberstellung von Massen- und Selbstbelastung gipfelt, ist zwar richtig, aber nicht erschlüssend. Sie muß ergänzt werden durch die Frage Steuererhebung und Steuerermüdung.

Für die sozialdemokratischen Gemeindevertreter erhebt sich deshalb die Frage, was leichter zu verantworten ist, Bürgersteuer oder Senkung der Höhe der Wohlfahrtsunterstützung.

Der Gesamtantrag dieser Kostener wird bei voller Ausschöpfung nur 450 Millionen betragen, die nicht ausreichen, um die Gemeindefinanzen zu entlasten. Nicht immer besteht mit der Getränke- und Biersteuer die Möglichkeit, den keinen Gemeinden zu helfen. Es muß auch durch die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung wie sie in einem sozialdemokratischen Geleitentwurf gefordert wird, den Gemeinden Hilfe erwährt werden. Jetzt bestehen gerade in der Arbeitslosenversicherung organisatorische Mängel, die darin zu erblicken sind, daß die Arbeitsämter vorwiegend kurzfristige Arbeitslose vermitteln, während die Gemeinden die Wohlfahrtsunterstützung durch Arbeitslosenversicherung auf die Versicherung abschließen, teilweise sogar ohne Not, Dauerarbeiter und Angestellte entlassen, um ihren Wohlfahrtsbeitrag durch Einstellung von Wohlfahrtsunterstützten zu entlasten. Die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung hat den Gemeinden keine Entlastung, höchstens eine Verlangsamung gebracht. Die Probleme der Neuregelung der Arbeitslosenversicherung sind dadurch gekennzeichnet, daß sich die Frage erhebt, wer soll Verwaltungsträger sein, die Reichsanstalt oder die Gemeinden, und wie sollen die Kosten verteilt werden. Der Lösungsvorschlag des sozialdemokratischen Geleitentwurfs sieht eine Zweiteilung in Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung vor. Die Unterfertigung soll nach Lohnklassen erfolgen, mindestens aber die Wohlfahrtsunterstützung erreichen. Die Kostenverteilung soll zur Hälfte das Reich, und zu je einem Viertel Länder und Gemeinden treffen. Dadurch wäre eine Entlastung der Gemeinden von rund einer halben Milliarde bei einer stärkeren Belastung der Länder erreicht. Diese Belastung der Länder könnte ausgeglichen werden, durch die Aufhebung der in der Notverordnung verordneten Realsteuerentlastung.

Doch mit der Beibehaltung neuer Einnahmen wird den Gemeinden allein nicht zu helfen sein. Die Selbsthilfe hat bei den eigenen Ausgaben anzusetzen. Eine rigorose Sparpolitik ist infolge der Umwälzung der Verhältnisse geboten. Es dürfen nicht in schlechten Zeiten Ausgaben für Dinge gemacht werden, die man in guten Zeiten als lebensnotwendig betrachtet. Auch die Belohnung der Gemeindebeamten ist nicht immer mit dem Ernst unserer Zeit zu verantworten. Unwirtschaftliche Mehrausgaben sind so wohl durch überhöhte Gehälter, wie auch durch einen schlechten Wohnungsbau entstanden. Ersparnismaßnahmen bieten das Bestmögliche, das die Reichsregierung vorzulegen gedenkt und eine vernünftige Wohnungswirtschaft. Die Steuerentlastung, die in der Notverordnung vorgezogen ist, die Realsteuern, Industriebezug und Steuervereinfachung betrifft, und einen Ausfall von 420 Millionen bringen würde, darf nicht durchgeführt werden. Außerdem ist die Umstellung der Haussteuer auf Friedensmiete notwendig. Durch Steuerentlastung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion können außerdem noch 100 Millionen Mark eingebracht werden. Eine 10prozentige Kürzung des freien Glanz von 800 Millionen Mark würde ebenfalls 80 Millionen Ersparnisse erbringen.

Mit folgenden allgemeinen Betrachtungen schloß der Redner seine sachlichen Darlegungen: Wirtschaftspolitische zweckmäßige Maßnahmen werden erforderlich sein, um die Wirtschaftskrise zu befeuchten. Aber ein Großteil unserer Arbeitslosigkeit und vieler wirtschaftlicher Schwierigkeiten sind auf die im letzten halben Jahre auf politischem Gebiete eingetretene Jurisdiktion zurückzuführen.

Der 14. September hat vorher beobachtete Besserungserwartungen zerlegt, zwei Milliarden in Deutschland in verfallener fremder Gelder wurden zurückgezogen und die Erwerbslosigkeit von 500 000 ist bestimmt auf das Konto des Wahlausfalls und des Sieges der Nationalsozialisten zurückzuführen.

Die Jurisdiktion auswärtiger Gelder setzt sich bis auf den heutigen Tag fort. Auch die Reize des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht nach Amerika hat dazu beigetragen, diese katastrophalen Verhältnisse zu beschleunigen. Die Politik der Sozialdemokratie, die auf einer Verhängung mit dem Ausland und eine Ermäßigung unserer außenpolitischen Verpflichtungen hinaus, muß fortgesetzt werden. Aber der Zeitpunkt für eine Revision des Waageplans ist gegenwärtig noch nicht gekommen. Ein solcher Vorstoß Deutschlands würde nötige Abdrückung aus auswärtigen Kapitalmärkten bedeuten und eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit im Gefolge haben. Eine innere Bedrohung der Staatssolidität stellt der Vorstoß der Deutschen Volkspartei auf eine Einparung von 300 Millionen dar. Mit diesem Vorstoß macht die Volkspartei nur den Versuch, sich der Verantwortung zu entziehen.

Wenn wir politisch frei werden wollen, wenn wir vermeiden wollen, daß die negative Mehrheit im Reichstag in Erscheinung tritt, müssen wir dafür sorgen, daß in Deutschland

Demokratie und Parlamentarismus erhalten bleiben, damit wir zunächst die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden können. Deutschland kann aus dieser Wirtschaftskrise nur herauskommen, wenn es auf der Linie der Verständigungspolitik mit den übrigen Völkern bestehen bleibt, wenn das überflüssige Kapital für Deutschland nutzbar gemacht wird.

Wenn wir heute in etwas freierer Atmosphäre atmen als vor dem 14. September, dann ist das ein Beweis, daß unsere bisherige Politik richtig, daß der Versuch Deutschlands, den dem Chaos zu bewahren, richtig ist. Aber wir sind noch nicht über den Berg hinweg, wir können noch nicht umkehren. Wir müssen den schwierigen Dornenweg durchgehen, bis es uns gelingt, Vernunft in die Köpfe der Menschen und Ordnung in Deutschlands Wirtschaft und Finanzen der Öffentlichkeit hineinzubringen.

Nach dem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat des Gen. Herz trat eine kleine Pause ein, darauf die Präzisionsliste verlesen wurde. Es waren 251 Delegierte und 8 Gäste anwesend, zusammen 259 Vertreter.

Sodann wurde in die

### Diskussion

eingetreten. Zuerst sprach Genosse Lindner, Anielingen. Er kritisierte verschiedene Arbeiten der Landtagsfraktion und trat für Kürzung der Gehälter ein. Genosse Ged, Karlsruhe, behandelte die wichtige Frage der Schweigepflicht der Gemeindebau-Stadträte. Er ist der Auffassung, daß sich das Schweigepflicht nur auf solche Fragen beschränken, für die die Geheimhaltung ihrer Natur nach oder wegen personeller Gründe notwendig ist. Genosse Minister Dr. Kemmle nahm Stellung zu der Frage der Verabschiedung des Selbstverwaltungsrechts und behauptete, daß die Nazis die Mittel für ihren eigenen Antrag abschlechten, sei das beste Beweismittel für die Gefährlichkeit und die übrigen Wähler, mögen die Nazispolitik führt. Es müsse alles getan werden, um die Diktatur der Staatsmacht zu verhindern. Genosse Kemmle glaubt, daß auch in kulturellen Dingen sich viele Gemeinden etwas zueinander näherten. Für Gemeinden und Länder, wie auch für das Reich müsse als Leitmotiv gelten, nur das zu unternehmen, was wirtschaftlich und steuereffektiv das Volk ertragen könne. Wenn das nötige Verantwortungsbewußtsein vorhanden sei, und dementsprechend die Gemeindefürsorge sich vollziehe, so werde die Selbstverwaltung um so leichter erhalten bleiben können. Genosse Kuj, Freiburg vertrat sich über Schulfragen und kam bei Betrachtung der Gesamtorganisation des Schulwesens zu der Auffassung, daß es einem wundern müsse, daß noch kein Sparkommissar eingesetzt worden sei. Der Weg zum Sozialismus könne nur durch ein den sozialistischen Prinzipien entsprechendes Schulhaus gegangen werden. Der Mensch sei in den Vordergrund zu stellen. Genosse Wodera, Unterarmbach, behauptete ebenfalls Fragen der Selbstverwaltung und tritt für positive Mitarbeit ein, auch selbst wenn sie nicht immer populär sei. Genosse Bürgermeister Rihert, Durlach, führt an, daß zu einer gelunden Finanzwirtschaft nicht nur eine gute Leistung notwendig ist, sondern auch ein Volk mit gesundem Verstand. Der Weg zur Staatsaufsicht sei ein sehr gefährlicher für uns Sozialdemokraten, denn bei einem durch die Staatsaufsicht gestellten Gemeindefrat sei der Fürsorgetat bedeutend geringer, als wenn er von den Gemeinden selbst aufgestellt werde. Redner wendet sich noch der Erwerbslosenversicherung, dem Wohnungsbau und der Belastungspolitik zu und verlangt, daß bei einem eingebrachten Antrag auch zugleich die Deckungsfrage mitbehandelt werden müsse. Genosse Peter Meier, Freiburg, glaubt, daß bei der Bier- und Koffsteuer immer die drückenden Verhältnisse berücksichtigt werden müssen. Genosse Reinhold, Wilmshausen, entwirft ein dunkleres Bild über die geradezu katastrophale Finanzlage seiner Gemeinde und verlangt Hilfe seitens des Reiches











### Die Polizei berichtet:

#### Zimmerbrand

Am Samstag nachmittag brach im Korridor einer Wohnung in der Gerwigstraße durch Feuer aus, das die Gefraße des Wohnungsinhabers mit einem Kerzenlicht einem Vorhänge zu nahe kam, der Feuer fing, ohne daß sie es sofort bemerkte. Das Feuer brach auf Koffer, Kiste und Kleidungsstücke über und hatte auch schon die Wand ergriffen, als die Feuerwehr eintraf und in halbstündiger Tätigkeit den Brand löschte. Der Gebäudeschaden beläuft sich auf etwa 1200 Mark, der Gebäudeschaden auf 1000 Mark. Außerdem verbrannte in fremdem Eigentum befindliche Wäsche im Wert von etwa 800 Mark.

#### Der Alkoholteufel

Am Samstag abend wurde in der Nebenstraße ein Lantwart, während er auf dem Bürgersteig auf einer Leiter stehend an seiner Lantheile arbeitete, plötzlich von einem etwa 30 Jahre alten unbekannten, angetrunkenen Manne angefallen und von der Leiter herabgeworfen. Der Täter mar die Leiter und ein an der Garage hängendes Fahrrad auf ihn, ließ sodann in das Büro des Lantwirts, riß den Telefonapparat ab und ging flüchtig, ohne das er gefast werden konnte.

#### Verkehrsunfälle

Eine Hauptstraße und Sirtenweg in Rühlheim geriet ein Radfahrer am Montag nachmittag aus eigener Schuld in Kollision mit einem Personentransportwagen. Er wurde zu Boden geschleudert, wobei er sich eine größere Fleischwunde an der Stirne und verschiedene andere leichtere Verletzungen zuzog. Der Kraftfahrer brachte den Verletzten auf dessen Wunsch ins Diakonissenhaus. Das Fahrrad wurde demoliert.

In der Kaiserstraße karambolierte am Montag vormittag ein ungeschickter Radfahrer im Bestreben, einem zu spät erkannten Personentransportwagen auszuweichen, mit einer in gleicher Richtung fahrenden Elektrischen. Er wurde von dem Anhängewagen etwa zehn Meter weit geschleift, da der Führer der Straßenbahn den Unfall nicht bemerkt hatte und erst auf Zuruf die Bremsen zog. Der Radfahrer kam zu seinem Glück mit leichten Verletzungen davon.

#### Unfälle

Am Sonntag mittag wurde von Passanten auf dem Gehweg der Durlacher Allee ein lediger Kaufmann mit einer fließenden Wunde am Hinterkopf aufgefunden, die er sich im Sturz ausgesetzt hatte. Die Polizei leitete ihm einen Notverband an und veranlaßte seine Verbringung ins Städt. Krankenhaus. Leberanschlag besteht nicht. Auf dem Bahnhofsplatz in Durlach stolperte am Sonntag abend ein verheirateter Kaufmann über einen Bordstein und kam dadurch rückenwärts zu Fall. Er zog sich eine erhebliche Wunde am Hinterkopf zu.

Ein 58 Jahre alter Geschäftsführer aus der Weststadt wurde am Sonntag nachmittag in der Kallerallee von einem Pferd geblissen und zu Boden geworfen. Er erlitt erhebliche Schwellungen am linken Arm und linken Fuß.

#### Diebstähle

Ein lediger 29 Jahre alter Schreiner aus München entwendete am Samstag abend ein vor einer Werkstatt in Rühlweg abgestelltes Fahrrad. Er wurde jedoch betreten und von dem Eigentümer des Fahrrades sowie einem anderen Radfahrer auf Rädern verfolgt. In der Schwarzwaldstraße eingeholt und der Polizei übergeben, die in ihm einen wegen Diebstahls mehrfach verurteilten und auch schon wegen Fahrraddiebstahls verurteilten Delinquenten erkannte und ihn ins Bezirksgefängnis einleitete. Einem Hilfsarbeiter wurde am Sonntag über die Mittagszeit aus dem Hof der Gutenbergschule ein Fahrrad gestohlen. — Am Sonntag wurden der Polizei 2 Gartenblümenräuber gemeldet.

Als Täter in den in letzter Zeit wiederholt verübten Gartenblümenräubereien und Einbruchsvorfällen im Gebiet westlich der Stadt wurde eine Bande, bestehend aus 6 Volkschülern im Alter von 15-14 Jahren, ermittelt. Sie hatten zusammen 45 zum Teil wertvolle Tauben entwendet. 30 davon konnten wieder beigebracht werden.

Am Montag wurden der Polizei 3 Fahrraddiebstähle angezeigt. Außerdem gelangten mehrere kleinere Diebstähle zur Anzeige.

**Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe**

**Generalversammlung**  
Die diesjährige Generalversammlung findet Mittwoch, 26. Februar, statt. Anträge, die auf der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen spätestens bis Montag, 9. Febr., an den Vorsitzenden Genossen K. O. Schürer, 30, eingereicht sein.

**Professor Lederer-Heidelberg**  
Bericht heute Dienstag, 3. Februar, abends 8.30 Uhr, im Festsaal des Restaurants „Friedrichshof“ in einer öffentlichen Versammlung. Thema: „Technischer Fortschritt, Arbeitslosigkeit und Sozialismus“.

**Interessenten sind freundlichst eingeladen.**  
Sozialistische Studentengruppe Karlsruhe.

**Aufruf!**  
Die unterzeichneten Organisationen rufen hiermit ihre Mitglieder auf, sich an der von der sozialistischen Studentengruppe Karlsruhe, heute Dienstag, 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, stattfindenden Versammlung, in der Professor Lederer-Heidelberg über das Thema „Technischer Fortschritt, Arbeitslosigkeit und Sozialismus“ spricht, zahlreich beteiligen zu wollen.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe Karlsruhe Schulenburg.**

**Sozialdemokratische Partei Karlsruhe Koch.**

**B.N. Saalshaus tritt Punkt 8 Uhr an.**

**Selbstschutz**  
Alle in Frage kommenden Gewerkschafts-, Partei- und Sportvereine, die dem proletarischen Selbstschutz angehören, treffen sich Dienstag, 3. Februar, abends 8.30 Uhr, im Lokal zum „Friedrichshof“. Erscheinung ist dringend erforderlich und Ehrenpflicht. — Keine Restauration.

**Bezirk Südstadt**  
Bezirksgeneralversammlung mit Vortrag des Gen. Landinsabers. Zeitlich über die letzten Vorgänge im Reich und Land. Wir bitten um zahlreichen Besuch.

**Frauentextion Beierheim-Bulach**  
Schiele in Beierheim, Leicabend, Gen. Jugendpfarrer Kappes wird über das Thema: „Religion und Sozialismus“ referieren.

**Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Ortsgruppe Karlsruhe**  
Nächste Februar-Zusammenkunft findet am Mittwoch, 4. Februar, 17 Uhr, im Volkshaus statt. Um zahlreichen Besuch wird gebitten.

**Bezirk Oststadt — Frauengruppe**  
Heute Dienstag abends halb 8 Uhr findet im Sandarbeitsaal der Carl-Wilhelm-Schule ein Frauenabend statt. Genosin Sie u. a. wird aus dem Werke ihres Mannes vorgelesen. Genosinnen und Volksfreundinnen sind herzlich eingeladen.

## Abschluß des Lohnkampfes in der mittelbadischen Metallindustrie

Mit Datum vom 17. und 27. November kündigte der Metallindustriellen-Verband Mittelbadens die Lohnvereinbarung vom August 1929 mit sämtlichen Zuschlägen für Tagelöhner und Arbeiterinnen sowie die Gewehre, Schleiferei usw. Zulagen nebst Leistungsulagen auf 31. Dezember 1930 mit dem gleichzeitigen Antrage, Löhne, Abfonde und Zulagen um 15 Prozent zu reduzieren. Wir antworteten sofortigen Herabsetzung der Abfonde und Zulagen vor dem Schlichter für Südwest zurückzuführen. Daraufhin hat der Schlichter vorgeschlagen: Die Besirke Baden, Württemberg und Pfalz und der Frankfurter Bezirk mit Einschluß Bayerns zu gemeinsamen Verhandlungen zusammen zu führen. Alle Teilnehmer mit Ausnahme unserer Frankfurter Kollegen waren damit einverstanden. Jetzt rufen noch die Metallindustriellen Württembergs unter Anführung des Barons Hücher aus. Darauf sollte für Baden gemeinsam verhandelt werden. Das lehnten wir ab. Jetzt begann die Verhandlung vor den einzelnen Schlichtungsbehörden. Zunächst für Württemberg. Dort wurde der Schlichtungsausschuß geordnet, indem unsere Kollegen die Sitzung verließen. Dann kamen die Besirke Mannheim, Ludwigsbafen, Frankfurt, Oberbaden und der Besirke, die gemeinsam verhandeln vor dem Schlichtungsausschuß Karlsruhe. Nach ständiger Verhandlung kam ein Schiedspruch zustande, der für Mannheim, Ludwigsbafen und Frankfurt für Lohnarbeiter 6 Proz. für Arbeiter 6 1/2 Proz. Lohnzuschuss brachte; für den Besirke und Oberbaden einen Zuschuss von 5 Prozent. Dieser Schiedspruch wurde in einer Urabstimmung von den in der Metallindustrie Frankenthal und Ludwigsbafen Beschäftigten mit Mehrheit angenommen, in Mannheim abgelehnt. Der Schiedspruch für Oberbaden und Besirke wurde ebenfalls abgelehnt. Die daraufhin vom Schlichter von Südwest anberaumten Nachverhandlungen verliefen resultatlos, worauf der Schiedspruch verbindlich erklärt wurde. In der Pfalz mit Ausnahme von Ludwigsbafen und Frankfurt wurde eine freie Vereinbarung nach zweiseitiger Verhandlung getroffen, die ab 2. Lohnwoche im Januar 4 Prozent und ab 1. April 1931 eine solche von 2 Prozent vorsah. Diese Vereinbarung wurde von den Funktionären abgelehnt, vom Schlichter für Bayern für verbindlich erklärt. Für Württemberg wurde in einer zweiten Schlichtungsausschusssitzung ein Schiedspruch gefaßt, der einen allgemeinen Anstieg von 6 Prozent vorsah. Dieser Schiedspruch wurde von den Metallarbeitern und Arbeiterinnen abgelehnt. Der Schlichter von Südwest erklärte ihn daraufhin für verbindlich. Nun kam der Frankfurter Bezirk an die Reihe. Auch hier wurde ein Schiedspruch mit einem 6 Prozentigen Lohn- und Abfondezuschuss gefaßt, der vom Schlichter für Südwest für verbindlich erklärt wurde. Während dieser Zeit verlegte die Metallindustrie Mittelbadens immer wieder, einen Schiedspruch auf den 1. Januar zu erhalten. Sollte dies nicht möglich sein, wollte sie am 2. Januar am schwarzen Brett die Kündigung ihrer Belegschaften bekannt geben mit der Mahnung, daß, wer mit einem 6 Prozentigen Lohn- und Abfondezuschuss einverstanden sei, wieder weiter arbeiten könne. Wir warteten auf den Anschlag, aber er kam nicht. Auf den 6. Januar 1931 erhielten wir dafür eine Vorladung vor den Schlichtungsausschuß Karlsruhe.

Warum auf einmal der Schlichtungsausschuß wieder auf genau was, dem man vorher das nötige wirtschaftliche Verständnis abgeprochen, einsteht sich unserer Kenntnis. Vielleicht hat Herr Dr. W. H. H. in seiner Unterredung mit dem Schlichtungsausschußmitglied am Freitag, 2. Januar, demselben die mangelnde Kenntnis beigebracht!!!???

Wir lehnten ab den Termin wahrzunehmen, 1. weil wir keine Zeit hatten und 2. weil man unsere Beifitzer, die in allen unseren Lohnfreiheiten mitbekam, ausfassen wollte. Unser Vertragsantrag wurde abgelehnt. Wir lehnten ab, zu erscheinen. Darauf beschloß der Schlichtungsausschuß, nicht zu verhandeln, sondern

unserem Antrag auf Verjagung stattzugeben. Auf den 12. Januar wurden wir nun erneut geladen. Wir erklärten, ja, wenn unsere Beifitzer geladen würden. Dem wurde auch entsprochen. Am 12. fand nun die Verhandlung statt. Allgemein fiel auf, daß der Vorsitzende während der Ausführungen des Vertreters der Metallindustriellen sich eifrig Notizen machte, bei unserem Vertreter aber Bilder malte, in seiner Sprache unruhig blätterte und allen möglichen Motiva trieb. Allgemeine Meinung der Teilnehmer: dem Herrn Abg. ist schon gefaßt! Gegen 3 Uhr Schiedspruch: 6 Prozent Anstieg für Lohn und Abfonde. Alle übrigen gefühlvollen Vereinbarungen treten wieder in Kraft. Als Antwort auf diesen Schiedspruch legte die Belegschaft von 4 Großbetrieben die Arbeit nieder. Erst auf die Mitteilung, daß erneut Verhandlungen stattfinden, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Am 17. Januar fanden erneut Verhandlungen vor dem Landesbeisitzer statt, die ebenfalls resultatlos verliefen. Wir warteten jetzt bestimmt auf Anschlag und Kündigung der Metallindustriellen. Sie kam nicht. Am 28. Januar nochmals Verhandlungen vor dem Schlichter, wieder resultatlos. Jetzt machte dieser einen neuen Vorschlag dahingehend, daß ab laufender Lohnwoche sich der Lohn und die Abfondegrundlagen um 4 Prozent, ab derjenigen Lohnwoche, in die der 23. Februar 1931 fällt, um weitere 2 Prozent ermäßigt. Dieser Vorschlag wurde ebenfalls von beiden Parteien abgelehnt. Wir beschloßen den Schlichter, den Schiedspruch nicht für verbindlich zu erklären, und lasten fallschlüssig, daß dies ein Verbrechen bedeuten würde an den mittelbadischen Metallarbeitern.

Wir wollten die Ausperrung von den Unternehmern, die sie vor dem Schlichter erneut angedroht, erzwingen. Was tat aber Dr. K. i. m. i. h. Am gleichen Tage, am 26. Januar 1931, erklärte er den Schiedspruch für verbindlich.

Das ist der Abschluß des nun zweieinhalb Monate dauernden Kampfes. Warum, fragen wir, mußte hier der Schlichter von Südwest wann immer der Unternehmer eintrafen? Wegen ihm die Interessen dieser Arbeiter näher als die der vermöglichen Arbeiter? Warum diesen die Arbeiter verweigert, in offenem ehrlichem Kampf mit den Unternehmern die Klingen zu trennen? Wir werden uns ein andermal um so schärfer bekämpfen, das soll man sich dort „oben“ selbst sein lassen.

Der Schiedspruch ist verbindlich nun für die Mitglieder der beiden Kontrahenten. Damit aber der Kampf nicht beendet. Jetzt wollten die Unternehmer rückwirkend ab 1. Januar 1931 abziehen. Das ließen sich unsere Mitglieder nicht gefallen. Wir lehnten diese Unterfertigung unter die neuen Umarmungen ab. Jetzt verhandelten die Unternehmer mit ihren Betriebsräten. Ueberall wurde der rückwirkende Abzug abgelehnt. In einem Großbetrieb kam es sogar zu erneuter Arbeitseinstellung. Ob die Unternehmer ihres Sieges sich erfreuen? Wir bezweifeln es; denn jetzt beginnt der Kampf um den Abzug in den Betrieben. Wir geben unseren Funktionären den Rat, ohne Organisation kein Abzug!

Nun noch ein paar Worte zu den Ausgeiern des Kampfes. Die KPD, (nicht große Döfen) erscheint als Leidenfledderer. Mit bombastischen Anglistikern wurde zum Kampf aufgefordert. Resultat? Null. Nicht einmal in dem einen Betrieb, wo vorläufig noch ein KPD. Betriebsrat ist, hat man dem Sozialdemokraten Solange geleistet. Jetzt ruft man zu Verhandlungen auf mit dem „großen Licht“ Böhm. Resultat? Die Metallarbeiter und Arbeiterinnen wissen zu gut, das hat mit großen revolutionären Schwüngen ihnen nicht gedient ist. Das hat auch deutlich die Funktionärenversammlung des DVB, am Samstag, den 31. Januar, im Volkshaus in Karlsruhe bewiesen, wo einstimmig (mit den Stimmen der KPD.) der Geschäftsleitung und der Lohnkommission das volle Vertrauen für ihre Arbeit im Interesse der Metallarbeiter Mittelbadens in diesem Lohnkampf ausgesprochen wurde.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Karlsruhe.

### Bezirk Weststadt

Am Mittwoch, 4. Februar, abends 8 Uhr, findet „Unter den Linden“ eine Vertrauensmännerversammlung statt. Das Erscheinen aller Unterbezirksleiter und Straßenobleute ist dringend notwendig.

Am Mittwoch, 11. Februar, findet unsere Bezirksgeneralversammlung statt. Genosse Regierungsrat Metz wird sprechen über „Faschismus — Sozialismus“.

### Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausblick für Mittwoch, den 4. Februar 1931: Fortdauer der meist trübigen Witterung mit vereinzelt leichten Niederschlägen. Ebene Temperaturen um Null. Gebirge mäßiger Frost.

### Wasserstand des Rheins

Basel 50, aef. 10; Waldshut 240, aef. 5; Schutterinsel 108, aef. 12; Reßl 272, aef. 8; Maxau 473, aef. 14; Mannheim 419, aef. 23 Stm.

### Schneebericht

Feldberg-Station: Leichter Schneefall, 4 Grad Kälte, 170 bis 180 Stm. Schneehöhe, Pulver, Schi sehr gut.

Kußelfein: Leichter Schneefall, 1 Grad Kälte, 120-130 Stm. Schneehöhe, verbaricht, Schi mäßig, Rodel gut.

Hundee: Bewölkt, 3 Grad Wärme, 95-100 Stm. Schneehöhe, verbaricht, Schi und Rodel gut.

Sand: Bewölkt, 0 Grad, 60 Stm. Schneehöhe, Pulver Schnee, Schi sehr gut.

### Tollwut beim Hakenkreuz

Zu diesen Artikeln erhalten wir von den Angehörigen (K. Balheim, A. Jstel und S. Borch) eine längere Erwiderung deren Teil, soweit er sich mit dem § 11 des Pressegesetzes bezieht, wir hiermit zum Ausdruck bringen. Wir können dies umso mehr tun, als ja die angeführte Hakenkreuz-Verhöhnung über den Fall hinausgeht. Es heißt in der Verhöhnung a.: 1. Es ist unwahr, daß der Hakenkreuzführer Balheim Mitglied der K.D.V.B. ist. 2. Es ist unwahr, daß der Hakenkreuzführer Balheim dem Kriegsbeschädigten W. Hummel, Mitglied der S.P.D. öffentlich und ohne vorherigen Wortwechsel den Finger nahezu vollkommen abbiß. 3. Wad ist dagegen, daß Herr W. Hummel beim Vorüberfahren des Hakenkreuzführers B. einen beleidigenden Ausruf gebrachte und den genannten B., als er absteigen war und sich dieses verbat, mit seinem Stock schlug. Zum Artikel in Nr. 20: 1. Es ist unwahr, daß der Schneider Jstel aus der fraglichen Generalversammlung ausgeschlossen wurde. 2. Es ist unwahr, daß der Ausschluß des Herrn Hummel auf persönliche Geheißlichkeiten und politische Mordanschuldungen zurückzuführen ist, ebenso ist der in diesem Artikel genannte Eisenbahnsekretär Borch parteilos. Es ist weiter unwahr, daß der Schneider Jstel dem Herrn Hummel ohne weiteres eine Ohrfeige versetzte, dies geschah auf eine Beleidigung des Geobefehligen hin. Die Berichtung macht die Tatsache nicht aus der Welt, daß Herr Balheim sich das Fingerabbeiben als Kampfmittel auszuweisen hat. Zu der Behauptung des Herrn Balheim, daß er nicht Mitglied der Nazi-Partei ist, sei festgestellt, daß er als Kandidat für die Nazis nicht nur in der Wählung, sondern insbesondere beim Volksamt 2 bekannt ist. Nun Jstel er den Anschlagsmenschen. Tante ist dies zwar nicht, aber bei den Nazis nicht Seitens. D. Red.)

### Tödlicher Motorradunfall

Kastatt, 2. Febr. In der Nacht vom Sonntag auf Montag verunglückte der 26 Jahre alte ledige Ernst Winkler aus Kastatt auf der Landstraße zwischen Detelsheim und Kastatt mit seinem

Motorrad. Die Verletzungen waren durch den Sturz so schwer, daß Winkler mittels Krankenautos ins städtische Krankenhaus gebracht werden mußte, woselbst der Verunglückte ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, gegen 4 Uhr morgens starb. Der auf so tragische Weise ums Leben Gelommene war seit 1924 auf dem Arbeitsamt Kastatt als Registraturführer beschäftigt und galt allgemein als gewissenhafter und fleißiger Angestellter. Der Verunglückte war auch eine gute und treue Stütze seiner betagten und in bedürftigen Verhältnissen lebenden Eltern, denen sich allgemeine Teilnahme für den schweren und herben Verlust ihres Sohnes auswendet. Zum Glück ließ sich der Verlorene noch im Juni vorigen Jahres als Motorradfahrer in den Arbeiter-Nach- und Kraftsportklub Solidarität, Ortsgruppe Kastatt, aufnehmen, so daß seine Eltern wohl die erste Zeit der materiellen Sorge entlohnen sein werden. Die genaue Ursache des Unfallsfaller konnte noch nicht festgestellt werden, doch scheint der Verunglückte durch ein entgegenkommendes Auto geblendet und dadurch zu Fall gekommen zu sein.

### Gemeindepolitik

#### Auch der zweite Wahlgang der Bürgermeisterwahl in Busenbach ergebnislos

Der am Sonntag stattgefundene zweite Wahlgang zur Bürgermeisterwahl in Busenbach ist wieder ergebnislos verlaufen. Hermann Weber, der Zentrumskandidat, konnte 394, Josef Werner (Sos.) 315 und Alois Bauer, Schmied, konnte 119 Stimmen auf sich vereinigen. Da also keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten hat, muß ein 3. Wahlgang vorgenommen werden.

#### Nachträgliche Gemeindevahl in Ruppenheim

D. Die am Sonntag in unserer Gemeinde stattgefundenen Kommunalwahlen hatten folgendes Ergebnis: Gemeindevorstand: Zentrum 433 Stimmen (16 Sitze), Sozialdemokraten 321 (12), Wirtschaftl. Vereinigung 275 (10) Bürgerpartei 285 (10); Gemeinderäte: Zentrum 245 Stimmen (3 Gemeinderäte), Sozialdemokraten 316 (2), Wirtschaftl. Vereinigung 270 (1), Bürgerpartei 339 (2); Bezirksräte: Zentrum 671 Stimmen, Sozialdemokraten 349, D.Vp. 15, N.S. 40, D. Staatspartei 15, Kommunisten 15, Mittelstandspartei 43, Dntf. 14; Kreisräte: Zentrum 683 Stimmen, Sozialdemokraten 336, D.Vp. 17, N.S. 35, D. Stp. 11, Kommunisten 15, Mittelstandspartei 44, Dntf. 13. Stimmberechtigt waren 1790 Wähler, davon haben 1418 abgestimmt, also 79 Proz.

### Vereinsanzeiger

**Karlsruhe**  
Volksbildungsakademie. Heute abends 8 Uhr Vorstandssitzung im Volkshaus. Morgen Mittwoch halb 9 Uhr im Konzertsaal Frauenprobe.  
Naturfreunde, Wasserwanderer. Morgen Mittwoch abend 8 Uhr Versammlung mit Vortrag „Friedrichshof“, Saalzimmer. 1558  
Naturfreunde Mühlburg. Morgen Mittwoch 20 Uhr im „Girch“ Hauptversammlung. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. 1554  
Kartenspielklub. Heute abend 8 Uhr Versammlung mit Kartenziehens im Kindergarten. 1553

### Auskünfte der Redaktion

Erschicht. Sie können einen Betrag von 1.80 M. anrechnen. A. 71. Der Mann braucht für die Kosten nicht aufzukommen, denn bei Strafen schadet die Verpflichtung aus. Eine weitere Arreststrafe kommt nicht in Betracht.  
A. D., Baden-Baden. In Braunau in Württemberg. Von der Annahme eines anderen Namens ist uns nichts bekannt.



